

„Weiter so“ ist zu wenig!

Input von Michael Diettrich als Vertreter der Vorarlberger Armutskonferenz zum Thema „Demokratie und Problemlösungskompetenz der EU“ auf einer Tagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) am 11.10.2018 in Feldkirch

Ich bin mit dem Ausschreibungstext für diesen Teil der Veranstaltung nicht so recht warm geworden. Darin wird nämlich recht unvermittelt behauptet, das Erstarken nationalistischer und/oder EU-kritischer Parteien und die damit einhergehende Legitimationskrise der EU seien ein Partizipationsproblem und auch die Problemlösungskompetenz der EU könne durch mehr Partizipation verbessert werden. Das sehe ich anders und deshalb kann ich Ihnen auch keine Antwort auf die von Ihnen gestellte Frage geben, wie man das erreichen könnte. Ich kann Ihnen bestenfalls schildern, wie ich die Sache sehe.

Ich halte die Legitimationskrise der EU in erster Linie für die Folge eines Vertrauensverlustes breiter Bevölkerungsgruppen in die Lösungskompetenz der EU und der in ihr Ton angehenden Parteien für die Probleme, die sie in ihrem Alltag wahrnehmen. Will man die Problemlösungskompetenz verbessern und Vertrauen zurückgewinnen, brauchen wir nicht mehr Partizipation, sondern mehr nüchternes Hinschauen – denn die Probleme liegen auf dem Tisch. Sie lassen sich sogar aus der für diese Tagung in Auftrag gegebenen Studie herauslesen.

Es würde aus meiner Sicht schon helfen, die Argumente nationalistischer und/oder EU-kritischer Parteien nicht einfach unisono mit dem Etikett „populistisch“ zu versehen und als indiskutabel abzutun. Auch wenn ich selbst in den meisten Fragen zu völlig anderen Schlussfolgerungen gelange, muss ich zugestehen, dass sie nicht nur in Österreich seit einiger Zeit berechtigte soziale Themen aufgreifen, die andere Parteien entweder vernachlässigt oder gar geleugnet haben. So ist es ein Fakt, dass die Einkommenssituation der unteren 40 Prozent der Bevölkerung in den entwickelten Industriestaaten während der letzten 30 Jahre stagnierte oder sogar rückläufig war. Das konstatiert sogar die OECD. Die OECD empfiehlt deshalb ausdrücklich, die Einkommenssituation dieser unteren 40% stärker in den Fokus der Politik zu rücken. Ich kann weder in Österreich, noch anderswo in der EU erkennen, dass dies geschieht. Stattdessen lese ich z.B. regelmäßig, wie sehr gerade Vorarlberg als exportorientiertes Bundesland vom EU-Beitritt profitiert hat und sich das Exportvolumen seit 1995 mehr als verzweifacht hat. Mit Verlaub: Man kann es einem Vorarlberger, der in der gleichen Zeit Reallohnseinbußen hinnehmen musste, nicht übel nehmen, wenn er von den Vorteilen des EU-Beitritts nicht ganz so überzeugt ist und die Sache eher kritisch sieht.

Auf diese Verlierer der ökonomischen Entwicklung zielt die Propaganda nationalkonservativer Parteien. Das nimmt in der Tat bisweilen recht bizarre Züge an: Mit Verwunderung las ich letzte Woche in den Vorarlberger Nachrichten den Kommentar eines Politiker der rechtsnationalistischen FPÖ mit der Überschrift „Hatte Karl Marx doch recht“. Darin wurde tatsächlich beklagt, Verteilungsfragen würden bestenfalls vernachlässigt, wenn nicht ganz ausgeblendet, Kapitalisten würden reicher, Proletarier blieben arm, die Macht konzentrierte sich in den Händen weniger. Das mutet angesichts eines ausgesprochen marktradikalen Wirtschaftsprogrammes der FPÖ wie ein Treppenwitz an - ist aber dennoch erfolgreich: Viele Menschen fühlen sich in ihrer Situation angesprochen und wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen eh die wenigsten.

Vor diesem Hintergrund macht auch die Konzentration nationalkonservativer Parteien auf unliebsame Ausländer bzw. Flüchtlinge Sinn: Dass von Reallohnseinbußen betroffene Bevölkerungsgruppen bis hinein in die untere Mittelschicht durch die Zuwanderung von Flüchtlingen und ausländischen Arbeitskräften unter Druck kommen, ist unbestreitbar – umso mehr, als

gleichzeitig sozialstaatliche Leistungen unter dem Vorwand abgebaut werden, man müsse die Vorgaben des EU-Stabilitätspaktes einhalten. Sie sind somit empfänglich für Erklärungen, dass Ausländer und Fremde „die Mütter oder Väter aller Probleme“ sind und ihnen Arbeitsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen wegnehmen. Und in der Tat erlebe ich in meiner Arbeit mit Menschen mit Existenzsorgen, dass die Konkurrenz um viel zu wenig vorhandene Wohnungen und Arbeit hoch ist und von den schon länger hier lebenden Klienten die Zuwanderer dafür verantwortlich gemacht werden.

Es wäre ein wichtiger erster Schritt zur Rückgewinnung des Vertrauens in die Lösungskompetenz der EU, wenn man dazu stünde, dass die derzeitige missliche Situation die Folge einer fehlgeschlagenen Wirtschafts- und Finanzpolitik ist, wie wir sie insbesondere bei der Bewältigung der Finanzkrise erlebt haben. Man müsste sich eingestehen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt genau das nicht erreicht hat, was er versprochen hat: Stabilität und Wachstum. Dieses Eingeständnis würde nationalkonservativen Parteien zumindest etwas Wind aus den Segeln nehmen, wenn sie behaupten, es läge alles an Flüchtlingen und Zuwanderern.

Man müsste sich auch viel ernsterhafter der Tatsache stellen, dass beileibe nicht alle von der EU und dem Euro profitiert haben. Es gibt sowohl auf der Ebene der Staaten, als auch innerhalb der Staaten Gewinner und Verlierer. So hat sich bspw. die wirtschaftliche Konvergenz der EU-Staaten nicht so entwickelt, wie man das erwartet hat. Stattdessen haben sich die Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichte speziell nach der Einführung des Euro eher verstärkt. Zu den Gewinnern zählt z.B. Deutschland, das seit Jahren gegen die EU-Regeln zu den Leistungsbilanzüberschüssen verstößt, ohne dass dies irgendwelche Konsequenzen hätte. Gleichzeitig hat Deutschland den größten Niedriglohnsektor Europas, in dem Menschen mit ihrem Einkommen nicht mehr ihr Auskommen finden. Zu den Gewinnern gehört auch Österreich und hier vor allem Vorarlberg, das sich ja selbst gerne als „Exportweltmeister“ bezeichnet. Gleichzeitig sind die mittleren verfügbaren Haushaltseinkommen in Vorarlberg die niedrigsten aller österreichischen Bundesländer. Genauso dürftig ist das Ergebnis des Vorarlberger Exporterfolgs im Hinblick auf den Arbeitsmarkt: Ausgerechnet die so erfolgreiche Exportindustrie hat seit Einführung des Euros so gut wie keinen Beitrag zur Steigerung des Arbeitsvolumens geleistet. Man fragt sich, wie das zusammenpasst und wo der Erfolg geblieben ist ...

Verlierer sind vor allem Länder wie Frankreich und Italien und es kommt aus meiner Sicht nicht von ungefähr, dass gerade in diesen Ländern nationalistische bzw. EU-kritische Strömungen derart an Bedeutung gewonnen haben. Auch wenn die meisten Menschen nicht verstehen, welche Bedeutung Handelsungleichgewichte haben, so erleben sie doch die unmittelbaren Auswirkungen: Sie erleben in den Defizitländern, dass die Arbeitslosigkeit hoch ist und es wirtschaftlich nicht weitergeht. Und in den Überschussländern erleben sie, dass der Überschuss im Wesentlichen mit einer schlechten Lohnentwicklung erkaufte wurde.

Von EU-Politikern muss man allerdings etwas mehr erwarten: Sie sollten wissen, welche Sprengkraft die derzeitigen Handelsungleichgewichte für die gesamte EU haben. Die zentrale Voraussetzung für den Erfolg einer Kooperation von Nationen ist nämlich, dass alle Gewinner sind. Internationaler Handel muss ausgeglichen sein, weil der Überschuss des einen notwendigerweise das Defizit des anderen ist: Der eine nimmt dem anderen Marktanteile, Arbeitsplätze und Einkommen weg. Darauf, dass die Herstellung eines solchen Gleichgewichts nicht nur in die Verantwortung der Defizitländer fällt, die gefälligst „ihre Hausaufgaben zu machen haben“, weist die EU-Kommission zwar immer wieder zaghaft hin: Erst jüngst wieder hat sie beim Exportweltmeister Deutschland einen Abbau des viel zu hohen Leistungsbilanzüberschusses angemahnt und bemängelt, dass Deutschland zu wenig

investiert, zu wenig konsumiert (also höhere Löhne braucht) und zu wenig aus anderen Staaten importiert. Allerdings lässt sich nicht erkennen, dass dies irgendwelche Auswirkungen auf die praktische Politik hat. Die Reaktionen aus Brüssel im aktuellen Konflikt um den italienischen Haushalt zeigen vielmehr, dass man keine Lehren aus der wenig erfolgreichen sog. Griechenland-Rettung gezogen hat – z.B., dass man ein Land nicht aus einer wirtschaftlichen Schieflage herausparen kann. Die quasi Nichtreaktion auf den recht moderat formulierten und nachvollziehbar argumentierenden Brief des italienischen Europaministers Paolo Savona an die EU-Kommission von Anfang September spricht Bände: Savona hatte in seinem Brief eine stärkere europaweite Nachfragesteuerung empfohlen und zu einer gesamteuropäischen fiskalischen Offensive im Stile des rooseveltschen New Deals aufgefordert.

Auch die Personenfreizügigkeit hat sich nicht so entwickelt, wie sich meine Generation das vorgestellt hat. Wir dachten seinerzeit, es würde einer Vermischung europäischer Bürger unterschiedlicher Nationalität und damit auch der Herausbildung einer europäischen Identität Vorschub leisten, wenn sie sich ihren Arbeitsplatz in allen EU-Ländern frei wählen könnten.

De facto hat es überwiegend eine Wanderung von den Ländern der wirtschaftlichen Peripherie in die Länder wirtschaftlicher Prosperität gegeben. Diese Zuwanderung hat ohne Zweifel erheblichen Druck auf die Arbeitsmärkte der Zuwanderungsländer ausgelöst. Gerade in Österreich wird regelmäßig darauf hingewiesen, dass die hohe Arbeitslosigkeit hierzulande vor allem mit der starken Zuwanderung osteuropäischer Arbeitskräfte zu tun hat. Unter Druck geraten sind aber auch die Löhne in den unteren Lohngruppen bzw. bei gering Qualifizierten und so hat die Zuwanderung bzw. die Personenfreizügigkeit ihren Teil zur schlechten Lohnentwicklung in diesem Segment beigetragen.

Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind heute das Wählerreservoir nationalkonservativer Parteien. Sie haben das Vertrauen in die Lösungskompetenz der EU und der sie tragenden Parteien für ihre Probleme verloren und schreiben sie eher Parteien zu, die „gegen das System“ sind – auch wenn diese zu der komplexen und komplizierten Thematik nicht viel mehr beizutragen haben als „Österreicher zuerst“ oder „Sozialleistungen nur für Inländer“. Aber viel mehr, als die ständige Wiederholung, die Personenfreizügigkeit gehöre zu den Grundsäulen der EU, hat auch die EU nicht zu bieten. Das ist zu wenig. Will man bspw. etwas gegen die sehr einseitigen Migrationsbewegungen und den dadurch entstehenden Druck auf die Arbeitsmärkte der Zuwanderungsländer tun, müsste man mehr für die Entwicklung der Länder an der wirtschaftlichen Peripherie der EU tun und dafür sorgen, dass sich der Wohlstand dort zumindest relativ verbessert. Ein zentraler Schlüssel dafür wäre u.a. der Abbau der Handelsungleichgewichte, denn nahezu alle diese Länder gehören zu den Defizitländern. Dies könnte man verbinden mit einer von Paolo Savona empfohlenen „fiskalischen Offensive im Stile des rooseveltschen New Deals“.

Will man das verloren gegangene Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der EU wiedererlangen, wird man sich tabulos die Frage stellen müssen, was so schief gelaufen ist, dass sich zahlreiche Menschen und ganze Länder mehr oder weniger von der EU abwenden. Man wird analysieren müssen, warum der Euro zu mehr Verwerfungen unter den Ländern der Eurozone geführt hat, als dass er sie zusammengebracht hat. Man wird sich damit konfrontieren müssen, dass die Austeritätspolitik mit ihren Stabilitäts- und Fiskalpakten nicht nur im Falle Griechenlands völlig versagt hat und Europa heute das Sorgenkind der Weltwirtschaft in Sachen Wirtschaftswachstum ist. Und man wird sich fragen müssen, wie lange man es politisch durchhalten kann, dem Vertrauen der Märkte mehr Beachtung zu schenken als dem Vertrauen eines erheblichen Teils der eigenen Bevölkerung. Bei allen Unterschieden der als populistisch bezeichneten Bewegungen und Parteien, gibt es für mich ein Gemeinsames: Eine sehr diffuse Forderung nach einer Rückkehr des Primats der

Politik gegenüber den angeblich alternativlosen ökonomischen Sachzwängen. Wenn sich die demokratischen Parteien und Institutionen dieser Forderung nicht stellen, wird daraus der Ruf nach dem starken Mann. Auf diesem Weg sind wir derzeit.